

**Niederschrift**  
**zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 25.10.11**

<b>Sitzung Nr. 10 Ö</b>	<b>am Dienstag, 25. Oktober 2011</b>
-------------------------	--------------------------------------

Die Sitzung ist öffentlich.

Sitzungsort: Ratssaal, Rathaus

Anwesend waren:

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Alexander Eger

Gemeinderäte:

Geider Adolf

Haffner Gerhard

Hanke, Dr. Paul

Hecker Roland

Heger Roman

Heger Rudi

Heim Andrea

Herling Michael

Ittensohn Karl

Klemenz Birgit

Helmut Braun

Rehorst Tobias

Rössler Beate

Runde Anneliese

Schell Achim

Speckert Benjamin

Speckert Ferdinand

Stegmüller Reino

Vetter Theo

Weinlein Albert

Protokollführer:

Gäste:

Peter Dietz, Werner Kleiber, Markus Kreibiehl, Harry Zorn

Sitzungsbeginn:

19.00 Uhr

Sitzungsende:

22.30 Uhr

Die Sitzung wird von dem Vorsitzenden mit der Feststellung eröffnet, dass die Damen und Herren Gemeinderäte mit Schreiben vom 14.10.2011 ordnungsgemäß geladen wurden. Von den 22 geladenen Mitgliedern des Gemeinderates sind 19 erschienen. Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Es fehlen entschuldigt:

Gemeinderätin Susanne Pfeleiderer (Krankheit), Gemeinderat Walter Götzmann (Urlaub), Gemeinderat Siegfried Köck (Geschäftstermin)

Es fehlen unentschuldigt:

keine

Es ergehen nachträgliche Glückwünsche zu den Geburtstagen der Gemeinderäte Achim Schell, Albert Weinlein, Michael Herling und Beate Rössler.

Vor Eintritt in die Tagesordnung informiert **Bürgermeister Dr. Eger**, dass der Tagesordnungspunkt 4, Vorstellung des Ergebnisses der IHK Kommunalumfrage 2011, abgesetzt wird, weil die Vertreter der IHK durch einen anderen Vorstellungstermin gebunden sind. Der Tagesordnungspunkt werde in der November-Sitzung nachgeholt.

**Bürgermeister Dr. Eger** weist auf den übersandten Sitzungsplan für das Jahr 2012 und die Hinweise zur Volksabstimmung hin.

<b>Sitzung am: Dienstag, 25. Oktober 2011 Nr. 10 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt: 1</b>
<b>Bekanntgabe der am 27. September 2011 nichtöffentlich gefassten Beschlüsse.</b>	
<b>Offenlage der öffentlichen Sitzungsprotokolle vom 27. September 2011</b>	

**Ausführungen und Beschluss:**

**Bürgermeister Dr. Eger** gibt die in der Sitzung am 27. September 2011 nicht-öffentlich gefassten Beschlüsse bekannt:

- Vergabe von Baugrundstücken der Gemeinde ohne Förderung
- Auftrag an die Flurbereinigungsbehörde zum Erwerb von Gelände in der Größenordnung von 8 Hektar bzw. maximal 320.000 €

<b>Sitzung am: Dienstag, 25. Oktober 2011 Nr. 10 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt: 2</b>
<b>Bestellung von Urkundspersonen</b>	

**Ausführungen und Beschluss:**

Turnusgemäß werden Gemeinderätin Andrea Heim und Gemeinderat Rudi Heger zu Urkundspersonen vorgeschlagen.

**Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.**

**Gemeinderat Gerhard Haffner** stellt den Geschäftsordnungsantrag, den Tagesordnungspunkt 11 vorzuziehen, um dessen Beratung und Entscheidung sicherzustellen.

**Bürgermeister Dr. Eger** stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung.

**Der Gemeinderat beschließt einstimmig, Tagesordnungspunkt 11 als Tagesordnungspunkt 4 vorzuziehen.**

<b>Sitzung am: Dienstag, 25. Oktober 2011 Nr. 10 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt: 3</b>
<b>Wünsche und Anfragen aus der Bevölkerung</b>	

**Ausführungen und Beschluss:**

**Herr Heinrich Müller**, Leostraße 47, fragt nach der Größe der Multifunktionshalle, die neben der Parking-Sporthalle errichtet werden soll. Trotz des Besuches von drei Fraktionssitzungen war dies nicht zu erfahren.

**Ortsbaumeister Peter Dietz** informiert, dass die Größe nach den bisherigen Planungen bei 20 Meter Breite und 40 – 45 Meter Länge liegen wird, zusätzlich des eventuell heute festgestellten Bedarfs.

**Bürgermeister Dr. Eger** ergänzt, dass dies erst dann verbindlich gesagt werden kann, wenn der Gemeinderat entschieden hat.

**Herr Reinhard Merx**, St. Leon-Rot, informiert, dass beim Autobahnparkplatz „Mönchsberg“ Wald abgeholzt wurde und dadurch der Lärmschutz der dort Wohnenden beeinträchtigt. Er fragt nach dem Grund der Abholzung.

**Bauamtsleiter Werner Kleiber** vermutet, dass dies eventuell mit der Verlängerung des Schutzwalles Richtung Kronau zusammenhängen kann. Nähere Informationen lägen aber nicht vor.

**Frau Heidrun Hofner**, Kirrlacher Straße, stellt die Bürgerinitiative „Verkehrsberuhigtes St. Leon“ vor, die einen Zusammenschluss von Bürgerinnen und Bürger darstelle, die nicht nur an den Hauptverkehrsstraßen wohnen. Ziel sei die spürbare Entlastung vom mittlerweile unerträglichen Verkehr. Die Initiative vertrete die Ziele, den Durchgangsverkehr zu reduzieren, Sicherheit für die schwachen Verkehrsteilnehmer, mehr Lebens- und Wohnqualität für die Anwohner sowie mehr Attraktivität und Entwicklungsmöglichkeiten für die Ortsmitte im Interesse aller Einwohner. Die Initiative fordere den Gemeinderat und die Gemeindeverwaltung auf, alles dafür zu tun, dass die Umgehung St. Leon in dem Generalverkehrsplan bleibt und in den Maßnahmenkatalog aufgenommen wird. Man wisse natürlich, dass die langwierig und schwierig ist, deshalb sollten weitere Schritte geprüft, überlegt und umgesetzt werden, die kurz- und mittelfristig zu einer Entlastung führen können. Das dies auch rechtlich schwierig ist, sei bekannt. Man wolle sich nicht mehr mit einer ablehnenden Handlung zufrieden geben, weshalb man den Antrag der CDU St. Leon-Rot ausdrücklich begrüße, weil es auch die Suche nach Alternativen beinhalte. Deshalb werde der Gemeinderat gebeten, dem Antrag zuzustimmen und das Gutachten bald zu realisieren. Der Vorschlag, der in der Bürgerinfoveranstaltung unterbreitet wurde, einen runden Tisch einzurichten und die Bevölkerung zu beteiligen, sei zu begrüßen. Die Bürgerinitiative sei auf jeden Fall nach allen Seiten gesprächsbereit.

<b>Sitzung am: Dienstag, 25. Oktober 2011 Nr. 10 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt: 4</b>
<b>Vorstellung des Ergebnisses der IHK, Kommunalumfrage 2011</b>	

**Ausführungen und Beschluss:**

Der Tagesordnungspunkt 4, Vorstellung des Ergebnisses der IHK Kommunalumfrage 2011, wurde abgesetzt, weil die Vertreter der IHK durch einen anderen Vorstellungstermin gebunden sind. Der Tagesordnungspunkt werde in der November-Sitzung nachgeholt.

<b>Sitzung am: Dienstag, 25. Oktober 2011 Nr. 10 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt: 5</b>
<b>Volksabstimmung am 27. November 2011; ehrenamtliche Entschädigung der Wahlhelfer</b>	

**Ausführungen und Beschluss:**

**Bürgermeister Dr. Eger** geht darauf ein, dass die Gemeinderatsvorlage nicht mehr aktuell ist, weil Änderungswünsche hinsichtlich der Einsatzzeiten bestehen. Deshalb gehe man von den zwei vorgesehenen Schichten wieder auf drei Schichten. Allerdings ändert sich dadurch auch die vorgesehene Entschädigung für die Abstimmungshelfer von den vorgeschlagenen 70 € auf 50 €.

**Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:**

**Die ehrenamtliche Entschädigung der Abstimmungshelfer für die Volksabstimmung am 27. November 2011 wird auf 50 € festgesetzt.**

<b>Sitzung am: Dienstag, 25. Oktober 2011 Nr. 10 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt: 6</b>
<b>Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung zur Begrenzung der Redezeit</b>	

**Ausführungen und Beschluss:**

**Hauptamtsleiter Helmut Braun** hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Für die beantragende Fraktion erklärt **Gemeinderätin Andrea Heim**, dass der Antrag seinen Grund in den ausufernden Diskussionen der Vergangenheit hat. Wenn dies, so wie vorgeschlagen, künftig umgesetzt werden kann, wäre ihre Fraktion mit dem vorgeschlagenen Kompromiss einverstanden. Ihre Fraktion behalte sich jedoch vor, den Antrag erneut einzureichen, wenn sich nichts ändere.

**Bürgermeister Dr. Eger** erklärt, dass es bei der jetzigen Zahl von Fraktionen notwendig ist, sich zu beschränken. Er appelliert dabei an die Selbstdisziplin der Gemeinderäte bei Berücksichtigung der genannten Punkte.

**Gemeinderat Karl Ittensohn** sieht mit dem Antrag die Redefreiheit der Gemeinde beeinträchtigt. Die Öffentlichkeit habe das Recht, die jeweilige Meinung eines Gemeinderates zu erfahren. Bei der Begrenzung der Redezeit fordert er, auch die Sachvorträge der Verwaltung mit einzubeziehen. Er erinnert an die Sachvorträge von Externen in den letzten Sitzungen, die sehr ausgeüfert sind; auch hier könnte Zeit eingespart werden. Er erinnert daran, dass der Bürgermeister die Möglichkeit habe, die Sitzungen zeitverkürzend zu moderieren und zu strukturieren. Er finde den Kompromissvorschlag der Verwaltung gut und wünsche, dass Beiträge von Externen begrenzt werden.

**Bürgermeister Dr. Eger** stellt klar, dass die Verwaltung Sachinformationen gebe, während der Gemeinderat Stellung nimmt und seine Meinung äußert. Fakten und Sachlage machten oft einen ausführlichen Sachvortrag

notwendig, damit der Gemeinderat eine Basis für seine Entscheidung habe.

**Gemeinderat Ferdinand Speckert** spricht sich für das Rederecht eines Gemeinderates aus, weil manche Anregungen in die Diskussion einfließen. Vermieden werden sollte seiner Meinung nach das seitenlange Ablesen von Stellungnahmen, die freie Rede sei zu bevorzugen. Auch die Verwaltung sollte sich kurz und bündig fassen, die Gäste sollten sich kurz äußern.

Die **Gemeinderäte Gerhard Haffner** und **Rudi Heger** sprechen sich für den Verwaltungsvorschlag aus, wobei das Rederecht der Gemeinderäte nicht begrenzt werden sollte.

**Bürgermeister Dr. Eger** weist daraufhin, dass ausführliche Sachvorträge auch deswegen oft notwendig sind, weil manchmal der Eindruck entsteht, dass sich Anwesende eine eigene Wahrheit selbst interpretieren. Dem kann man dadurch vorbeugen, dass man die Tatsachen ausführlich darstellt.

**Bürgermeister Dr. Eger** schlägt vor, dass durch die geschilderten Absprachen bzw. die geschilderte Vorgehensweise erklärt wird, dass die Sitzungsdauer verkürzt werden soll, aber das keine Begrenzung der Redezeit erfolgt.

**Der Gemeinderat schließt sich dieser Formulierung einstimmig an.**

<b>Sitzung am: Dienstag, 25. Oktober 2011 Nr. 10 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt: 7</b>
<b>Beratung bzw. Änderung der Vereinsförderrichtlinien</b>	

#### **Ausführungen und Beschluss:**

**Hauptamtsleiter Helmut Braun** hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

**Bürgermeister Dr. Eger** ergänzt, dass auch zu dem variablen Faktor angefragt wurde, mit dem das Engagement der Vereine honoriert werden soll. Weiter wurden Änderungen des Betriebskostenzuschusses beantragt, die in der Vorlage ebenfalls enthalten sind.

**Gemeinderat Karl Ittensohn** geht in seiner Stellungnahme auf die einzelnen Punkte ein und beantragt, dass in der heutigen Sitzung über die vorgeschlagene Deckelung der Zuschüsse auf 250.000 € für einen Zeitraum von 5 Jahren abgestimmt wird. Seine Fraktion sei nicht dafür, die Betriebskostenzuschüsse zu ändern. Seine Fraktion wünsche, dass eine Akteneinsicht in die Abrechnungsunterlagen unproblematisch möglich gemacht wird. Er bezeichnet es als notwendig, dass dem Gemeinderat nur noch den Förderrichtlinien entsprechende Anträge vorgelegt werden. Damit werde die Arbeit der Verwaltung erleichtert, wobei Voraussetzung sei, dass keine Einzelentscheidungen mehr möglich sind.

**Gemeinderat Gerhard Haffner** äußert die Meinung seiner Fraktion, wonach sich die Vereinsförderrichtlinien in der Vergangenheit bewährt haben. Lediglich die Regelung zur Einzelentscheidung sollte aus den Förderrichtlinien genommen werden. Kritisch habe sie auch die Förderung der Mannschaften gesehen, wo ihrer Meinung nach zu stark differenziert wird. Seine Fraktion sei der Meinung, dass auch auf eine Deckelung der Investitionszuschüsse verzichtet werden sollte, weil diese bisher noch nie gebraucht wurde.

**Gemeinderat Ferdinand Speckert** bestätigt für seine Fraktion, dass sich die Förderrichtlinien in den wesentlichen Punkten in der Vergangenheit bewährt haben. Die Notwendigkeit der Änderung sehe sie in der Deckelung wie vorgeschlagen, dies habe sich aus den vergangenen beiden Jahren ergeben.

Für die FDP-Fraktion ist laut Gemeinderat **Rudi Heger** die Vereinsförderrichtlinie in Ordnung, wenn die Regelung der Einzelfallentscheidung gestrichen wird. Kein Bedarf sehe sie für eine Deckelung der Investitionsförderung, weil das Vereinsleben und die Möglichkeiten des Vereins beschränkt werden.

**Gemeinderat Reino Stegmüller** spricht sich für die vorgeschlagene Deckelung aus, die seiner Meinung nach erforderlich ist.

**Bürgermeister Dr. Eger** erklärt, dass er mit der Verwaltungsvorlage konform gehe. Hinsichtlich der Akteneinsicht könne im Rahmen der Entscheidung über die Vereinsförderung nicht bestimmt werden, weil es sich um Kommunalverfassungsrecht handle. Als Kompromiss schlage er vor, dass die Verwaltung dies großzügig behandle, es sollte jedoch nicht über Gebühr beansprucht werden. Hinsichtlich der Einzelentscheidungen sei darauf hinzuweisen, dass damit die in der Vergangenheit möglichen Ausnahmeentscheidungen nicht mehr gegeben sind. Damit verbunden sei das Signal für die Öffentlichkeit, dass die bisherigen Ausnahmenregelungen nicht mehr als Präzedenzfall herangezogen werden können.

Abschließend stellt **Bürgermeister Dr. Eger** den Verwaltungsvorschlag laut Gemeinderatsvorlage zur Abstimmung.

**Der Gemeinderat fasst mit 18 Ja-Stimmen, bei 2 Gegenstimmen, folgenden Beschluss:**

**Die Förderrichtlinien in der Fassung vom 15.12.2008 werden wie folgt geändert:**

**Die Bestimmung zu Einzelentscheidungen in I. ALLGEMEINES Nr. 5 mit folgendem Wortlaut**

*Von den allgemeinen Grundsätzen kann der Gemeinderat durch Einzelentscheidungen Ausnahmen zulassen*

**wird gestrichen.**

**Bürgermeister Dr. Eger** stellt die Begrenzung der Förderung des Vereins auf 250.000 € in 5 Jahren zur Abstimmung.

**Der Gemeinderat stimmt der Deckelung der Förderung eines Vereins auf 250.000 € im Zeitraum von 5 Jahren mit 11 Ja-Stimmen, bei 9 Gegenstimmen, zu.**

**Sitzung am: Dienstag, 25. Oktober 2011 Nr. 10 Ö**  
**Öffnungszeiten der Gemeindebüchereien**

**Tagesordnungspunkt: 8**

**Ausführungen und Beschluss:**

**Hauptamtsleiter Helmut Braun** hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

**Gemeinderätin Anneliese Runde, Gemeinderat Achim Schell** und **Gemeinderätin Andrea Heim** stimmen für ihre Fraktionen dem Beschlussvorschlag zu. Es wird angeregt, bei geändertem Benutzerverhalten wieder auf den Gemeinderat zuzukommen, um eventuell erforderliche Änderungen zu ermöglichen. Dazu wird auch angeregt, die Öffnungszeiten in den Ferien zu überdenken.

**Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:**

**Der vorgesehenen Änderung der Öffnungszeiten wird zugestimmt. Ab Dezember 2011 werden die Büchereien wie folgt geöffnet:**

<b>Bücherei Rot:</b>	<b>Montag</b>	<b>12.00 – 17.30 Uhr</b>
	<b>Mittwoch</b>	<b>13.00 – 19.00 Uhr</b>
<b>Bücherei St. Leon:</b>	<b>Dienstag</b>	<b>12.00 – 17.30 Uhr</b>
	<b>Donnerstag</b>	<b>13.00 – 19.00 Uhr</b>

**Sitzung am: Dienstag, 25. Oktober 2011 Nr. 10 Ö**

**Tagesordnungspunkt: 9**

**Antrag der Freien Wähler zur Errichtung eines Fuß- und Radweges an der Sepp-Herberger-Straße hier: ergänzende Betrachtung zur Gemeinderatssitzung vom 28.06.2011, Variantenbetrachtung zu Variante 1**

**Ausführungen und Beschluss:**

**Tiefbauingenieur Markus Kreibiehl** hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage. Er schlägt vor, die in der Vorlage vorgestellte Variante 1 d zu realisieren.

In den Stellungnahmen werden die Varianten 1 a und 1 d sowie die damit verbundenen Sicherheitsaspekte diskutiert.

Aus der Diskussion heraus wird die Variante 1 a deswegen präferiert, weil kein Parkstreifen entlang angelegt wird, weil die Anwohner die Möglichkeit haben, auf dem sogenannten FC-Parkplatz zu parken. Es wird als notwendig angesehen, entlang der Variante 1 a Abgrenzungspfosten vorzusehen, weil ansonsten der Rad- /Fußweg zugesperrt wird.

Aufgrund der Diskussion stellt **Bürgermeister Dr. Eger** die Variante 1 a mit der Maßgabe zur Abstimmung, dass entlang dem neuen Fuß-/Radweg bis hinein in die Kirrgasse Absperrpfosten-/einrichtungen errichtet werden.

**Der Gemeinderat stimmt diesem Beschlussvorschlag einstimmig zu.**

**Sitzung am: Dienstag, 25. Oktober 2011 Nr. 10 Ö**

**Tagesordnungspunkt: 10**

**Weiterentwicklung der Infrastruktur**

**Ausführungen und Beschluss:**

**Hauptamtsleiter Helmut Braun** hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Der folgende Beitrag von **Gemeinderat Karl Ittensohn** wird gemäß § 31 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates im Wortlaut in die Niederschrift aufgenommen:

„Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Dr. Eger,

auch hier wurden bereits in der Vergangenheit verschiedene Streitgespräche im Gemeinderat geführt und die Meinungen weitestgehend ausgetauscht. Wir müssen endlich die Kinderbetreuung bzw. die Hortbetreuung wieder weiterverfolgen. Die Fraktion der Freien Wähler ist nicht bereit, wieder ein neues Provisorium der fast 10-jährigen Kernzeit zu schaffen. Wir verstehen bei diesem Tagesordnungspunkt die Vermischung der einzelnen Pflicht oder Begehrlichkeiten oder Wünsche nicht so recht, aber wir können ja heute darüber abstimmen und auch hier einmal eine klare Richtlinie vorgeben. Wir bei uns in der Fraktion sind uns seit längerem einig was nach unserer Prioritätenliste nacheinander abgearbeitet werden muss. Leider hatte ich vergessen zu Anfang zu sagen, dass ich dies gerne ins Wortprotokoll mit aufgenommen hätte.

Um die Vermischungen zu entzerren, müssen wir mit dem ersten Tagesordnungspunkt der Sportstättenentwicklung beginnen. Vielen Dank an Sie, Herr Braun, und ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Sie haben sie, 2009 war es, wenn ich es recht weiß, dem Gemeinderat ein fast 100-seitiges Pamphlet vorgelegt, wo auf die ganze Wünsche und Dinge, oder was die Vereine benötigen, eingegangen wurde. Und in unseren Augen, wie sie es vorhin auch schon festgestellt haben, war das Fazit, das wir in der Gemeinde St.Leon-Rot keine neue Sporthalle benötigen. In den beiden letzten Haushaltsberatungen haben wir Freie Wähler uns massiv schon dagegen ausgesprochen, weil wir bis dato keinerlei Bedarf gesehen haben. Wir stellen oder es ist ja auch schon so vorgesehen in den Unterlagen den Antrag, dass darüber abgestimmt werden muss, ob die Gemeinde St. Leon-Rot eine neue Sporthalle benötigt. Dies ist der erste Punkt.

Wenn wir jetzt weitergehen, um über das Gebäude am Schulstandort der alten Schwimmhalle Rot zu entscheiden, möchten wir ein massives Passivhaus haben, das man gegebenenfalls auch in späteren Jahren umbauen kann. Denn wir haben ein klassisches Beispiel gesehen, das Josefs Haus in St. Leon, wenn dies modular oder als Container aufgebaut gewesen wäre, hätte man nichts machen können. In diesem Gebäude, das in der auf dem jetzigen Gelände der Schwimmhalle Rot errichtet werden soll, haben wir folgende Einrich-

tungen, die wir dort platzieren möchten. Und wir machen es nicht abhängig von der neuen Landesregierung, wie die Schullandschaft aussieht oder was hier geändert wird. Denn ich glaube, ob Ganztagschule, Gemeinschaftsschulen wie die ganzen Modellen auch heißen, benötigten alle Einrichtungen, egal wie es kommen wird oder ob es auch so bleibt, die Räume für die Kinder, das ist in unseren Augen die Vorbedingung. Wir möchten in diesem Gebäude die Kernzeitenbetreuung mit Freifläche und Spielfläche haben, als 2. die Hortbetreuung mit Freifläche und Spielfläche, dann den Gymnastikraum mit Unterbringung der Kletterwand. Hier liegt ja meines Wissens noch ein Beschluss des Ausschusses Umwelt und Technik oder sogar des Gemeinderates vor. Wir möchten in dem Gebäude keine Ortsteilbibliothek, war noch nie unser Wunsch. Wir möchten in dem Bereich vor dem jetzigen Trakt 1, wie es der Plan auch vorsieht, die Mensa platzieren haben und wir möchten auch eine klare Abgrenzung des Schulhofes und von der Kinderbetreuung im öffentlichen Raum. Dies hatten wir bereits 2005 eingefordert, dass hier der Schulhof auch klar abgegrenzt wird, damit in den Pausen die Mofafahrer und Rollerfahrer, die zwischen den Kinder durchfahren, endlich, das dies endlich ein Ende ist. Des weiteren hatten wir auch damals den Antrag gestellt, die Zufahrt zu der Schule von Tullastraße weg über die Kirrgasse auf den großen Parkplatz zu verlegen. Hier sehen wir auch noch keinerlei Planungen. Wir bitten dies mit einzuarbeiten.

Herr Dr. Eger, wir stellen den Antrag über dieses Gebäude und dessen Verwendung heute abzustimmen. Zu der Thematik Bibliothek möchten wir von Seiten der Freien Wähler ganz klar auf den bereits 1988 gestellten Antrag nun Stellung beziehen. Wir die Fraktion der Freien Wähler wollen eine Gemeindebibliothek als Begegnungsstätte oder Kommunikationszentrum für Jung und Alt. Vor dem Abriss der Zehntscheuer wollten wir bereits eine Bibliothek in der Zehntscheuer einrichten. Dies ist nach wie vor unser Ziel. Wir benötigen auch keine zwei Ortsteilbibliotheken, bekanntlich haben wir in unserer Gemeinde auch ein Museum. Auch hier stellen wir den Erweiterungsantrag, die Gemeindebibliothek auf dem Gelände der Zehntscheuer zu errichten, wie sie es ja auch schon vorgetragen haben, in einer der Alternative, Herr Braun, wie sie uns vorhin kundgetan haben.

Die Gemeindebibliothek soll dann auf dem Gelände der Zehntscheuer errichtet werden und die Fraktion der Freien Wähler ist nach wie vor der Meinung, dass ein zweckgebundenes Gebäude unter 1 Mio. Euro dort realisiert werden kann.

Als nächsten Punkt sehen die Abarbeitung unseres langjährigen Wunsches ein Jugendzentrum in St. Leon-Rot einzurichten und zu platzieren. Eingerichtet wurde es bereits seit 2009. Hier möchten wir uns bei der AWO bedanken, dass man bereit war, das Jugendzentrum mit aufzunehmen. Es war damals für uns ein Teilerfolg. Wir hatten aber vorher und seit dort aber immer wieder versucht, das Jugendzentrum an einem, von unserer Seite her, richtigen Platz oder Standort zu platzieren.

Das Jugendzentrum sollte, wir hatten auch in den Haushaltsberatungen kritisiert, dass die Zahlen die 2009 eingestellt waren und 2010 zu niedrig waren, um ein neues Jugendzentrum zu bauen. Wir wollen und das ist nach wie vor unsere Forderung, die wir schon von Anfang an hatten, das Jugendzentrum an einem verkehrstechnisch günstig und auch einsehbar Platz haben und unsere Kids sollen auch sicher zum Jugendzentrum können.

Beim Bau des Schwimmbades hatten wir damals am Anfang versucht, das Jugendzentrum an das Gebäude in südwestlicher Richtung dranzuhängen oder anzugliedern. Wir wollten die Infrastruktur, die dort neu geschaffen wurde, mitnutzen.

Wir stellen den Erweiterungsantrag, dass die Gemeinde St. Leon-Rot ein Jugendzentrum bauen soll. Des Weiteren soll das Gebäude im Anschluss an das neue Hallenbad in südwestlicher Richtung gebaut werden.

Zum Abschluss möchten wir noch die Reihenfolge der Investitionen festlegen, so wie wir es uns vorstellen. Zuerst muss die Kinder- und Hortbetreuung auf dem ehemaligen Gelände der Schwimmhalle realisiert werden. Danach die Gemeindebibliothek auf dem Gelände der Zehntscheuer und als Drittes der Bau des Jugendzentrums. Wobei man über zeitliche chronologische Abarbeitung von Punkt 2 und 3 noch diskutieren kann. Und für uns ist auch klar, dass die bisherigen oder die anfallenden notwendigen Sanierungen an den bisherigen Räumlichkeiten oder Gebäuden, ob es Mönchsbergschule, Schwimmhalle, Sporthalle, Schwimmhalle nicht, da kriegen wir ja eine neue, Sporthalle dort. Die müssen natürlich gemacht werden. Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit und wir bitten um ihre Unterstützung. Danke“

In seiner Stellungnahme weist **Gemeinderat Albert Weinlein** für seine Fraktion darauf hin, dass der Ortsteil St. Leon im Bereich der Sporthallen mit der Mönchsberg-Sporthalle schlecht ausgestattet ist, weshalb sie anregt habe, in St. Leon eine Sporthalle zu errichten. Die folgende Diskussion habe ergeben, dass diese Vorstellung wohl nicht umsetzbar ist. Allerdings gehe die Diskussion weiter in die Richtung, auch keine zentrale Multifunktionshalle zu errichten. Vielmehr solle eine Multifunktionseinrichtung an die Sporthalle Rot angebaut werden, was in seinen Augen den Bedarf auf den Kopf stellt. Daraus resultiere für ihn eine Aversion gegen den Ortsteil St. Leon.

Hinsichtlich der Einrichtung für die Kinderbetreuung halte er die Kapazität vor allem vor dem Hintergrund der Ganztageschule und der eventuellen Essensversorgung der Kinder für nicht ausreichend. Wegen der Ganztageschule sei eine neue Ausrichtung der Planung notwendig, die auch die künftigen Entwicklungen beinhalte. Für seine Fraktion sei ein bedarfsgerechter Anbau erforderlich.

**Gemeinderat Albert Weinlein** kommt auf die angesprochene aus ihrer Sicht erforderliche Multifunktionshalle zurück, für die aus St. Leoner Sicht Bedarf besteht, weil bei manchen Vereinsangeboten Aufnahmestop be-

stehe.

**Bürgermeister Dr. Eger** weist daraufhin, dass der dargestellte Bedarf an den Bedarfsplanungen für die Hort-/Ganztagsbetreuung ausgerichtet ist inklusive der Verlagerung der Gruppe der Kernzeitenbetreuung und der kleinen Strolche.

**Gemeinderat Benjamin Speckert** betont in der Stellungnahme für seine Fraktion, dass zwischen Wunsch- und Pflichtaufgaben zu unterscheiden ist. Daran orientiere sich die Nachfolgenutzung für die Schwimmhalle in St. Leon genauso wie für die in Rot, wo jeweils den Bedürfnissen der Schulen Rechnung getragen wurde. Es sei zu unterscheiden zwischen Pflicht- und Wunschaufgaben. Für seine Generation gehe es auch um die Folgekosten, die über Jahre zu tragen sein werden. Deshalb müsse die demografische Entwicklung, wie es im Sportstättenentwicklungsplan enthalten ist, mit einbezogen werden. Der erwartete Bevölkerungsrückgang spreche gegen den Neubau einer Sporthalle. Dies werde auch deutlich durch Kooperationen von Sportvereinen beider Ortsteile und über die Gemeinde hinaus. Zu berücksichtigen seien auch die Größen der Gruppen, die heute Trainingszeiten in den Hallen belegen. Die gesamte Situation sei unter dem Gedanken Pflicht- und Wunschaufgaben zu sehen, wobei für seine Fraktion die Pflichtgaben im Vordergrund stehen. Deshalb beantrage er, dass zunächst über den Punkt Kinderbetreuung abgestimmt wird.

Auch für **Gemeinderätin Andrea Heim** ist die Kinderbetreuung das wichtigste Thema, weil dort Bedarf besteht, wie sich aus der letzten Kuratoriumssitzung ergeben habe. Über die Art der Bauausführung müsse geredet werden, wobei sie selbst die Qualität der Einrichtung im Gewerbepark akzeptieren könne. Auch ein Gymnastikraum sei notwendig, der sich allerdings an den Bedürfnissen auszurichten habe. Die anderen Projekte seien im Gemeinderat von allen gewollt, haben allerdings nicht erste Priorität. Zunächst sollten die angesprochenen Punkte angeschoben werden.

**Gemeinderat Roland Hecker** spricht den Umfang der zutreffenden Entscheidungen an und sieht Probleme hinsichtlich der unterschiedlichen Begriffbestimmungen. Dies erschwere die notwendigen Entscheidungen. Klar sei, dass Räume für die Hortbetreuung unabhängig von der Umgestaltung der schulischen Landschaft gebraucht werden. Für ihn stehen nicht die Frage einer Sporthalle oder der Bibliothek im Vordergrund, vielmehr müsste eine Rangfolge dargestellt werden. Deshalb sollte man sich heute auf die schulisch notwendigen Projekte beschränken. Für seine Fraktion gehe es darum, zentrale Lösungen für eine eventuelle notwendige Sporthalle wie auch für die Bücherei zu schaffen, die bei der neuen Ortsmitte zu platzieren wären. Es sei auch notwendig eine Prioritätenliste, die mit den schulischen Projekten und der Bibliothek beginnt, aber zunächst keine Sporthalle umfasst.

**Bürgermeister Dr. Eger** weist daraufhin, dass zu den einzelnen Projekten bereits Gemeinderatsvorlagen erarbeitet wurden, bei deren Beratung die Forderung geäußert wurde, dass alle Maßnahmen vom Grundsatz her geklärt werden. Deshalb sei die Vorlage für die heutige Gemeinderatssitzung erarbeitet worden, wobei es weniger um die Begriffe für die einzelnen Projekte gehe. Über deren Ausformung müsse der Gemeinderat noch im Einzelnen entscheiden. Heute gehe es um die Grundsätze, über die zu beraten ist, weil sonst bei der Kinderbetreuung und dem schulischen Bereich keine Entscheidung möglich werde.

**Gemeinderat Theo Vetter** sieht für eine weitere Sporthalle deswegen kein Bedarf, weil durch Verlagerungen der Freizeitsportler Hallenkapazitäten für Mannschaften etc. frei werden. Außerdem werde den zurückgehenden Kinderzahlen bereits heute durch Spielgemeinschaften im Ort bzw. darüber hinaus Rechnung getragen.

**Bürgermeister Dr. Eger** verdeutlicht, dass seitens der Verwaltung bei der Sporthalle Rot keine Multifunktionshalle, sondern nur ein Gymnastikraum geplant ist, der multifunktionell genutzt werden kann, um die Nutzungsmöglichkeiten der Schule zu verbessern und die Kletterwand aufnehmen zu können. Der Gymnastikraum sollte auch als Aula dienen, um die ungünstigen Räumlichkeiten in der Schule zu verbessern.

**Gemeinderat Dr. Paul Hanke** begrüßt die vernünftige Betrachtungsweise im Gemeinderat und erklärt, dass für ihn die Projekte der Schulen und der Kinderbetreuung erste Priorität haben. Dabei komme Kompaktbauweise für ihn nicht in Frage. Abschließend stellte er den Antrag, nur über Punkt der Kinderbetreuung abzustimmen und die anderen Punkte in der Zukunft zu behandeln, weil die Kapazität der Verwaltung derzeit nicht ausreiche, dies abzuarbeiten.

**Bürgermeister Dr. Eger** erklärt, dass die Gemeinderatsvorlage seitens der Verwaltung keine Prioritäten beinhaltet, man habe vielmehr die Sportstättenplanung als ältestes Thema aufgegriffen. Auch für die Verwaltung haben die schulischen Projekte erste Priorität.

**Gemeinderat Karl Ittensohn** erklärt, dass für seine Fraktion die Kinderbetreuung und die schulischen Projekte im Vordergrund stehen. Dabei sei die Massivbauweise im Passivhausstandard für seine Fraktion wichtig.

**Bürgermeister Dr. Eger** warnt davor, für die genannten Projekte Passivhausstandard zu realisieren, weil das Raumklima dadurch oft negativ beeinflusst wird. Als Beispiel könne an die Kinderklinik in Heidelberg erinnert werden. Die energetische Optimierung werde vorgesehen.

**Gemeinderat Roman Heger** spricht die Diskrepanz zwischen dem negierten Bedarf für eine Sporthalle und dem vorgeschlagenen Bau eines Gymnastikraumes an, die nicht nachzuvollziehen sei.

**Bürgermeister Dr. Eger** erklärt, dass im Gymnastikraum Gruppen trainieren können, deren Hallenstunden dann frei werden.

**Gemeinderat Michael Herling** hinterfragt die Größe der angedachten Sporthalle bzw. des vorgesehenen Gymnastikraumes. Er erklärt, dass ein Gymnastikraum dezentral, eine Sporthalle aber zentral platziert werden sollte.

**Ortsbaumeister Peter Dietz** erläutert die Intension der Planung des Gymnastikraumes, mit dem sowohl die schulischen Ansprüche hinsichtlich Aula und Veranstaltungen, wie auch den sportlichen Gruppen Rechnung getragen werden sollte.

**Bürgermeister Dr. Eger** formuliert aufgrund der Aussprache folgenden Beschlussvorschlag:

**Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, mit der Erstellung von Planentwürfen für Gebäude für Hort, Ganztageschule, Mensa, Kernzeitenbetreuung und Kleine Strolche mit angegliedertem Multifunktionsraum.**

**Die Verwaltung wird ermächtigt, dafür ein Ingenieurbüro zu beauftragen. Die notwendigen Mittel sind in den Haushaltsplänen 2012 und 2013 bereitzustellen.**

**Der Gemeinderat stimmt diesem Beschlussvorschlag mit 16 Ja-Stimmen, bei 4 Gegenstimmen, zu.**

<b>Sitzung am: Dienstag, 25. Oktober 2011 Nr. 10 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt: 11</b>
<b>Verkehrsgutachten Entlastung Ortsdurchfahrt St. Leon</b>	

#### **Ausführungen und Beschluss:**

**Bürgermeister Dr. Eger** hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

**Gemeinderat Gerhard Haffner** geht auf die Entstehungsgeschichte des Antrages ein, der nicht in den Gemeindenachrichten veröffentlicht werden konnte, obwohl dies zur Unterrichtung der Bevölkerung wichtig gewesen wäre. Es sei wichtig, zeitnah ein Gutachten auf den Weg zu bringen, das nicht nur Zählungen, sondern auch Befragungen umfasst und die Analyse beinhaltet. Er stellt fest, dass die beiden bei der Fraktionssitzung anwesenden Initiativen das gleiche Ziel auf unterschiedlichem Wege haben. Er geht abschließend auf den Inhalt des Antrages ein und bittet die anderen Fraktionen, dem zuzustimmen.

**Bürgermeister Dr. Eger** verweist auf die geltenden Veröffentlichungsrichtlinien, wonach der Antrag nicht in das Gemeindeblatt aufgenommen werden konnte. Es könne, wie informiert worden sei, aus einer öffentlichen Veranstaltung darüber berichtet werden.

Der Beitrag von **Gemeinderat Theo Vetter** wird gemäß § 31 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderats im Wortlaut in das Protokoll aufgenommen

„Die Verkehrssituation in der Gemeinde St. Leon-Rot wird immer schwieriger. Man konnte bei der Bürgerinformationsveranstaltung am letzten Dienstag feststellen, dass hier bei den Bürgern sehr großes Interesse gezeigt wird. Kurz um gesagt, jeder will Autofahren, aber kein will den Verkehr. Im Ortsteil St. Leon gibt es inzwischen zwei Bürgerinitiativen bezüglich einer Umgehungsstraße. Grundsätzlich werden wir, die Freien Wähler, den Antrag der CDU St. Leon-Rot unterstützen und befürworten. Bevor wir jedoch den Antrag abstimmen, sollte aus unserer Sicht noch einiges geklärt bzw. Ablauf geändert werden. Wir sollten warten, ob wir in den Maßnahmenkatalog 2012 im Generalverkehrsplan aufgenommen werden. Es muss eine Grundsatzentscheidung her, wie wir weiterverfahren, wenn wir nicht aufgenommen werden. Was mache man dann? Wollen wir mit eigenen Mitteln eine Umgehungsstraße finanzieren und bauen. Nächste Frage. Wie sieht die eventuelle Entlastung für die Kirrlacher Straße, Marktstraße, Roter Straße aus, wenn eine Umgehungsstraße wie geplant kommen würde. Da haben wir keine Lösung für diese Straßen. Was passiert bzw. wie sind die weiteren Pläne, wenn die gewünschte Entlastung an den oben genannten Straßen nicht eintrifft. Dazu hätten wir gerne konkrete Vorschläge. Wir wissen sehr wohl, dass die Anwohner der Reilinger Straße, Kirrlacher Straße, Marktstraße und Roter Straße sehr hohen Belastungen ausgesetzt sind. Gerade deshalb sind wir für eine Gesamtlösung in diesen Bereichen. Wir bitten um Änderung des Beschlussvorschlages nach Aufnahme in den Maßnahmenkatalog bzw. nach eventuellem Beschluss, die Umgehungsstraße selbst zu bauen, trifft der Gemeinderat die Entscheidung, ein Verkehrsgutachten mit den Kosten in Auftrag zu geben. Und dann hätten wir noch gerne gewusst, wie der Zeitplan ist von dem Maßnahmenkatalog im Generalverkehrsplan 2012. Was man da für Zeiten haben, wann das entschieden wird, damit wir da ein bisschen Hintergrundwissen haben. Weil einfach jetzt ein Verkehrsgutachten zu erstellen, das bringt wahrscheinlich gar nichts, wenn anschließend die Gemeinde St. Leon-Rot hier nicht aufgenommen wird bzw. wir die ganze Kosten selber tragen müssen. Und dann anschließend sagen, so viel Geld haben wir nicht, dann müssen wir andere Lösungen finden. Und da müsse man halt gemeinsam dran arbeiten, an der anderen Lösung, wenn es nicht funktioniert. Weil allein die Umgehungsstraße wird die Gesamtentlastung in der Marktstraße und Roter Straße und Kirrlacher Straße nicht bringen. Mit Sicherheit nicht, was man brauche, um hier Ruhe zu kriegen bzw. eine Verkehrsberuhigung. Ja. Die Umgehungsstraße um Rot geht um ganz Rot rum und nicht um halb Rot. Danke“

**Bürgermeister Dr. Eger** erklärt zum zeitlichen Ablauf, dass laut Landesregierung der Maßnahmenplan zum Generalverkehrsplan bis Mitte 2012 vorliegen soll. Zur Umsetzung könne niemand etwas sagen, dieses sei offen. Auch bei einer Veranstaltung mit der Staatssekretärin des Ministeriums sei keine konkrete Aussage zu erhalten gewesen. Hinsichtlich Alternativen sei festzuhalten, dass diese schon konkret sein sollten, um die Kosten in Grenzen zu halten. Beim Antrag sei man davon ausgegangen, dass dieser durch die Aufnahme in die Tagesordnung und die Behandlung im Gemeinderat als gestellt angesehen werden kann.

**Gemeinderat Ferdinand Speckert** geht auf den Kern des Antrages ein, die Landesstraße in St. Leon zu beseitigen, was nicht durch ein Gutachten erzielt werden könne. Er erinnert, dass die Umgehungsstraße für den Ortsteil Rot zunächst an die Reilinger Straße angebunden werden sollte. Wegen des starken Interesses, eine Verbindung zwischen Walldorf und dem Gewerbepark, zu erhalten sei die derzeitige Umgehungsstraße

zustande gekommen. Beim Bau einer Umgehungslösung durch die Gemeinde sei zu befürchten, dass die Landesstraße weiter bestehen bleibt. Er gehe davon aus, dass sich seit den Gutachten 2007 und 2009 keine marginalen Veränderungen der Verkehrsströme ergeben haben, weshalb die Kosten zu hoch sind.

**Gemeinderat Rudi Heger und Gemeinderätin Andrea Heim** sprechen sich für ihre Fraktionen dafür aus, das Gutachten in Auftrag zu geben, weil es die Basis dazu liefere, die Wohn- und Lebensqualität an den Hauptverkehrsstraßen zu verbessern.

**Bürgermeister Dr. Eger** weist daraufhin, dass die Verwaltung mit ihrem Beschlussvorschlag über den Antrag hinausgegangen sei. Man könne den Beschluss auch auf das reduzieren, was in dem Antrag enthalten ist.

**Gemeinderat Gerhard Haffner** verweist auf die übliche Verfahrensweise, die mit der Vergabe des Gutachtens durch den Gemeinderat im Jahre 2012 beendet wird. Mit dem Gutachten sollen nicht nur die Zahlen, sondern auch Möglichkeiten eruiert werden, die Verkehrsströme zu ändern und die Kreisstraße abzustufen.

In seinen Ausführungen unterstützt **Gemeinderat Albert Weinlein** die Aussage von Gemeinderat Gerhard Haffner mit dem Hinweis, dass mit Hilfe des Gutachtens erreicht werden soll, dass durch St. Leon keine Landes- oder Kreisstraßen mehr führen.

**Bürgermeister Dr. Eger** erklärt, dass es zunächst Ziel sei, die Umgehungsstraße in den Maßnahmenplan zu bekommen, dazu müsse die starke Verkehrsbelastung der Ortsdurchfahrten dargestellt werden. Dies schließe allerdings aus, eine Abstufung der übergeordneten Straßen im Ortsteil St. Leon zu erreichen, weil dazu die geringe Belastung der Straßen nachzuweisen ist.

In den folgenden Wortmeldungen werden die bereits vorgetragenen Standpunkte nochmals dargestellt und das Gutachten als für den Ortsteil St. Leon notwendig erachtet. Über die Frage, wann dieses Gutachten erstellt werden soll, werden unterschiedliche Meinungen dargelegt. Es wird appelliert, das Gutachten durch einen einheitlichen Beschluss des Gemeinderates auf den Weg zu bringen.

**Bürgermeister Dr. Eger** geht in seiner persönlichen Stellungnahme darauf ein, dass er den Antrag mit der Maßgabe unterstützt, dass der Auftrag erst erteilt werden sollte, wenn die Umgehungsstraße im Maßnahmenplan aufgenommen ist. Über den Auftrag müsse dann im Gemeinderat separat entschieden werden. Weiter sei auch eine Entscheidung des Landes hinsichtlich der Umgehungsstraße St. Leon herbeizuführen.

**Bürgermeister Dr. Eger** schlägt vor, drei Beschlusspunkte zu formulieren, wobei bei den beiden ersten wohl Konsens möglich ist.

1. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Angebot für ein Verkehrsgutachten einzuholen
2. Die erforderlichen Mittel sind im Haushaltsplan 2012 einzustellen.
3. Das Gutachten ist zeitnah zu beauftragen.

Nach weiteren Diskussionen über die Frage, wann der Auftrag für das Gutachten erteilt werden soll, stellt **Gemeinderat Benjamin Speckert** den Antrag, abzustimmen.

Mit Zustimmung von **Gemeinderat Gerhard Haffner** formuliert **Bürgermeister Dr. Eger** drei getrennte Beschlussvorschläge:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Angebot für ein Verkehrsgutachten einzuholen.

**Der Gemeinderat stimmt diesem Beschlussvorschlag einstimmig zu.**

2. Die erforderlichen Mittel sind im Haushalt 2012 einzustellen.

**Der Gemeinderat stimmt diesem Beschlussvorschlag einstimmig zu.**

3. Das Gutachten ist zeitnah zu beauftragen.

**Der Gemeinderat lehnt diesen Beschlussvorschlag bei 7 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen, mit 9 Gegenstimmen, ab.**

<b>Sitzung am: Dienstag, 25. Oktober 2011 Nr. 10 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt:</b>	<b>12</b>
--	----------------------------	-----------

**Verschiedenes**

**Ausführungen und Beschluss:**

**Bauamtsleiter Werner Kleiber** informiert, dass die Submission des Abbruches des Hallenbades in Rot morgen durchgeführt und dem Gemeinderat im November zur Entscheidung vorlegt wird. Der Abbruch werde im Februar 2012 durchgeführt.

**Bürgermeister Dr. Eger** ergänzt, dass die Verwaltung Rücksicht auf die Schulzeiten beim Versetzen des Kernzeitcontainers nimmt und mit den Eltern abstimmt.

**Bürgermeister Dr. Eger** informiert, dass die Beförderung der Schülerinnen und Schüler zum Hallenbad mit einer eigenen Buslinie etwa doppelt so teuer kommt wie die Lösung mit dem ÖPNV. Es werde deshalb nicht mehr weiterverfolgt. Im Kontakt mit den Schulen seien Anregungen gekommen, wie z.B. die Kapazität der Busse für den Transport der Schülerinnen und Schüler zu überprüfen. Sollte es Kapazitätsengpässe geben, werde dies durch entsprechende Belegungsplanung gesteuert.

**Bürgermeister Dr. Eger** informiert, dass er hinsichtlich der Beschaffung von Streusalz eine Eilentscheidung getroffen habe, um das neue Salzlager zu füllen. Wegen des starken Verbrauches Anfang des Jahres war das finanzielle Limit bereits erreicht worden.

**Bürgermeister Dr. Eger** informiert, dass die eigentlich ab 7. November 2011 vorgesehene Deckensanierung der L 628 zwischen Kreisel und Tennisclub noch nicht klar ist, weil auch auf der B 3 viele Straßenbauaktivitäten stattfinden.



**Ausführungen und Beschluss:**

**Gemeinderat Karl Ittensohn** fragt nach dem Stand der Abgabe des Grundbuchamtes, die für die Bürgerschaft schlecht wäre.

Er fragt weiter, ob es bei Ehrungen durch die Gemeinde bei Ehejubiläen, Geburtstage etc. oder je nach dem ob der Bürgermeister oder ein Stellvertreter vorbeikomme, unterschiedliche Geschenke gebe.

Im Namen der Fraktion der Freien Wähler stellt **Gemeinderat Karl Ittensohn** folgende Anträge:

1. Alle gemeindeeigenen Dächer sollen hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit des Aufbaus einer Photovoltaikanlage untersucht und dabei die Heizungsunterstützung und Warmwasserbereitung berücksichtigt werden. Er begründet dies, dass in Zeiten der CO<sub>2</sub>-Reduzierung die Gemeinde St. Leon-Rot alle Möglichkeiten der Reduktion ausschöpfen soll. Er sei überzeugt, dass die Dächer auf Bauhof, Kläranlage, Kindergärten etc. noch Potential für die Errichtung von Photovoltaikanlagen bieten werden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Erstellung bzw. Neueinrichtung von gemeindeeigenen Versorgungswerken zu untersuchen, weil das Thema bei der Vergabe von Konzessionsverträgen bereits diskutiert wurde. Mit dem Antrag gehe es um die grundsätzliche Entscheidung, ob sich der Gemeinderat in Zukunft damit beschäftigt. Als Grundlage dazu könnte die Stromerzeugung durch Photovoltaikanlagen dienen. Außerdem sei auch das Thema Stromtanksstellen bei einer solchen Einrichtung anzusiedeln. Absicht seiner Fraktion sei, eine nachhaltige, bezahlbare und unabhängige Energieversorgung der gemeindeeigenen Gebäude erreichen und die Gemeinde durch ein lokales Energiekonzept auch als Wohngemeinde attraktiv machen.

**Bürgermeister Dr. Eger** erklärt zu den Ehrungen, dass die Ehrenordnung eingehalten werde ohne Rücksicht darauf, ob der Bürgermeister oder ein Stellvertreter hingehe. Es komme immer wieder vor, dass bei manchen Jubiläen auf das Geschenk oder den Besuch des Bürgermeisters verzichtet werde. Grund dafür sei z.B. Krankheit, Ruhebedürfnis etc. In diesen Fällen werde nachgefragt, ob die Gemeinde den finanziellen Gegenwert der Sozialstation zur Verfügung stellen könne. Werde dies bejaht, werde dies notiert und die entsprechenden Mittel bei einem Besuch des Bürgermeisters bei der Sozialstation kurz vor Weihnachten übergeben. Zum Verzicht werde keiner bewegt, weil es sich ja um ein Geschenk der Gemeinde handelt.

Werde auf den Besuch des Bürgermeisters verzichtet, werde auch kein Geschenk zugestellt, weil es sich um eine Ehrengabe handle, die persönlich überbracht werden sollte. Ein Aussuchen zwischen Bürgermeister oder Stellvertreter sei nicht möglich.

**Gemeinderat Gerhard Haffner** spricht die Einladung zur Klausurtagung des Gemeinderates am Samstag, 10. Dezember 2011, an und erklärt, dass Samstag für Mitglieder seiner Fraktion Arbeitstage darstellen. Aufgrund der Erfahrung im Vorjahr wäre eine Behandlung des Haushaltes auch in 1 – 2 Abendsitzungen möglich. Falls der Termin aufrechterhalten wird, werde seine Fraktion nicht anwesend sein.

**Bürgermeister Dr. Eger** meint, dass das Thema samstags konzentrierter angegangen werden kann, als in Abendsitzungen, wenn bereits ein Arbeitstag absolviert wurde. Da es sich um eine nicht-öffentliche Vorberatung des Haushaltes handle, sollte dies auch nicht weiter verfolgt werden. Es mache wenig Sinn, wenn eine Fraktion nicht anwesend sei. Dann müsse der Termin abgesagt werden, obwohl sich dies im vergangenen Jahr gut bewährt habe.

**Gemeinderat Dr. Paul Hanke** fragt, ob es beim Zeitplan für den Bau im Bereich Opelstraße/Am Bahnhof bleibt und die Maßnahme früher durchgeführt wird.

**Bauamtsleiter Werner Kleiber** stimmt dem durch Nicken zu.

**Gemeinderat Dr. Paul Hanke** fragt, ob am Bahnhof noch Fahrradständer und Fahrradboxen installiert werden.

**Bauamtsleiter Werner Kleiber** informiert, dass die Ausschreibung für die Stadtmöblierung mangels vernünftiger Angebote aufgehoben wurde. Die Gemeinde Malsch habe mit dem Ingenieurbüro verhandelt, den Auftrag inzwischen vergeben, so dass noch Fahrradständer, Boxen und weitere Möblierung installiert werde.

**Gemeinderat Roland Hecker** spricht ebenfalls die Klausurtagung mit Dezember an und erklärt, dass die Vorberatung des Haushaltes eigentlich Aufgabe des Finanzausschusses sei. Nach dem er diese nicht mehr erfülle, sei vorzuschlagen, den Finanzausschuss aufzulösen und seine Restaufgaben dem Gemeinderat zu übertragen. Er betrachte die vorgeschlagene Vorgehensweise als negativ, weil es eigentlich Aufgabe des Finanzausschusses sei, den Haushalt vorzubereiten.

**Bürgermeister Dr. Eger** informiert, dass trotz langer Beratungen im Finanzausschuss gezeigt habe, dass es wegen der Information der Kollegen und im Gemeinderat zu Änderungen kam.

Die Verwaltung nehme zur Kenntnis, dass diese Aufgabe wieder im Ausschuss konzentriert werden soll. Dies entspreche der formal richtigen Vorgehensweise.

**Gemeinderätin Beate Rössler** spricht die Belieferung des Kindergartens St. Raphael mit Essen an, die durch den Lieferanten mit dem Auto von der Tullastraße her über den Radweg erfolge. Dazu werde die Schranke geöffnet und nicht mehr geschlossen, so dass auch andere Nutzer festzustellen sind. Da eine direkte Zufahrt zum Kindergarten möglich ist, sollte die Nutzung des Radweges unterlassen werden.

**Bürgermeister Dr. Eger** informiert, dass dies auch in der Elternberatssitzung angesprochen wurde. Die Verwaltung werde dieser Sache nachgehen.